

**Beste**

**Bildung**

**braucht**

**das Land**

**Freie  
Demokraten**

Landesverband  
Baden-Württemberg **FDP**

# **Beste Bildung braucht das Land**

**FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG**

**BESCHLUSS DES 117. LANDESPARTEITAGS  
AM 5. JANUAR 2018 IN FELLBACH**

Herausgeber:

**Freie Demokratische Partei  
Landesverband Baden-Württemberg**

**Rosensteinstrasse 22  
70191 Stuttgart**

**Tel. (0711) 666 18 - 0  
Fax (0711) 666 18 - 12**

**E-Mail: [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de)  
Web: <http://www.fdp-bw.de>  
Twitter: [@fdpbw](https://twitter.com/fdpbw)  
[www.facebook.com/fdpbw](https://www.facebook.com/fdpbw)  
[www.youtube.com/fdpbawue](https://www.youtube.com/fdpbawue)  
Gestaltung und Satz: Markus Lochmann  
Druck: [print24.com](http://print24.com)**

# Beste Bildung braucht das Land

Bildung befähigt jeden Einzelnen, ihre oder seine Lebensträume nach eigenen Idealen, Präferenzen und Talenten zu formen, zu verwirklichen und dabei die seiner Mitmenschen zu respektieren. Jeder Mensch ist einzigartig. Deshalb sind Bildungswege keine Standardroute, sondern so vielfältig wie die Menschen selbst. Die Eltern, Lehrer und Schüler vor Ort kennen die Potenziale des Einzelnen besser als jede Kultusbehörde. Deshalb braucht jede einzelne Schule mehr Mittel und Entscheidungsfreiheit. Erstklassige Bildung entsteht vor Ort. Wir wollen die Menschen und Bildungseinrichtungen vor Ort mit besseren Rahmenbedingungen zur Umsetzung weltbesten Bildung stärken.

Aktuelle Bildungsstudien und Leistungsvergleiche erteilen der baden-württembergischen Bildungspolitik ein schlechtes Zeugnis. Das einstige Musterland ist nach dem grün-roten Schulchaos von einer Spitzenposition auf einen hinteren Platz abgerutscht. Das muss sich dringend ändern. Mit häufigen Unterrichtsausfällen, einer lähmenden Kultusbürokratie und einer nicht selten veralteten Infrastruktur geben wir uns nicht zufrieden. Wir Freie Demokraten wollen weltbeste Bildung für jeden.

## 1. Selber groß – mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort

Weltbeste Bildung entsteht nicht per Verordnung, sondern im Wettbewerb engagierter und handlungsfähiger Bildungseinrichtungen. Das erfordert Wahlfreiheit der Eltern und mehr Bewegungsfreiheit der Bildungseinrichtungen vor Ort, um unbürokratisch auf neue Entwicklungen, lokale Bedingungen und individuelle Profile der Schülerinnen und Schüler reagieren zu können. Daher wollen wir Freie Demokraten:

- den Schulen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit geben. Sie sollen ihr Personal im Regelfall selbst auswählen, zu einem früheren Zeitpunkt Einstellungsversprechen geben und eigenständig Personalentwicklung betreiben können.

# Beste Bildung

ist der Schlüssel  
für ein selbstbestimmtes  
Leben, sozialen Aufstieg  
und eine freie Gesellschaft  
mit einer starken Wirtschaft.

- die offene Ganztagschule zusätzlich zur gebundenen ins Schulgesetz aufnehmen und noch bestehende Schulbezirke abschaffen. Das schafft echte Wahlfreiheit für die Eltern. Bisher lässt ihnen das Gesetz nur die Wahl zwischen ganz oder gar nicht Ganztags. 48 Prozent der Eltern wünschen sich jedoch eine Ganztagschule mit freiwilligem Nachmittagsangebot. Außerdem ist die offene Ganztagschule am besten geeignet für Kooperationen mit Vereinen und Institutionen. Im Sinne der flexiblen Betreuung wollen wir das grün-rote Verdikt rückgängig machen, dass Horte an Ganztagschulen nach Schulgesetz nicht mehr gefördert werden dürfen.

- den Gymnasien muss die Entscheidung über G8/G9 zu gleichen Bedingungen selbst überlassen werden. Für beide Varianten müssen adäquate Bildungspläne vom Kultusministerium zur Verfügung gestellt werden.

- die Sonderschulen, mittlerweile in „Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren – SBBZ“ umbenannt, erhalten. Inklusionsangebote zum Zweck der Qualitätssicherung wollen wir behutsam ausbauen. Das Kindeswohl muss dabei im Mittelpunkt stehen. Die Sonderschulen/SBBZ mit ihrer sonderpädagogischen Expertise müssen für die Koordinierung und fachliche Betreuung der Inklusionsangebote zuständig sein, sofern an der betreffenden Schule keine eigene Expertise vorhanden ist. Außenklassen an Regelschulen müssen als gleichwertige Angebote im Rahmen der Inklusion anerkannt werden. Eine umfassende regionale Schulentwicklung soll im Sinne einer möglichst großen Wahlfreiheit der Eltern ein breites Angebot auf höchstem sonderpädagogischen Niveau gestalten.

- die Berufsschulen adäquat unterstützen und zur besseren regionalen Zusammenarbeit mit den Unternehmen befähigen, damit junge Menschen diesen Bildungsweg als echte Alternative erkennen.

- die finanzielle Eigenverantwortung der kommunalen Schulträger stärken und ihre Gängelung durch den goldenen Zügel zweckgebundener

**Bildung ist eine  
gesamt-  
gesellschaftliche  
Aufgabe.**

Landesprogramme und -zuwendungen so weit wie möglich beenden. Unter anderem muss deshalb sichergestellt werden, dass die der kommunalen Finanzausgleichsmasse entnommenen Sachkostenbeiträge an die Schulträger auskömmlich sind und den tatsächlichen Kosten entsprechen.

## **2. Fester Anker – mehr Verlässlichkeit in der Bildungspolitik**

Unter ideologischen Grabenkämpfen und ständigen Strukturreformen der Landespolitik leiden Lehrer und Schüler. Geben wir unseren Bildungseinrichtungen verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie sich auf eine qualitative Verbesserung des Unterrichts konzentrieren können. Die Lösung liegt nicht in faulen Kompromissen, die bildungspolitische Konflikte auf den nächsten Wahlkampf vertagen, sondern in einem nachhaltigen und parteiübergreifenden Schulfrieden. Daher wollen wir Freie Demokraten:

- verlässliche und faire Bedingungen insbesondere bei der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften und finanziellen Mitteln schaffen. Die Privilegierung der Gemeinschaftsschule, wie sie immer noch beim Klassenteiler, bei der Beantragung des Ganztagsbetriebs, bei der Schulbauförderung und bei der Ausstattung mit Poolstunden zur individuellen Förderung besteht, muss beendet werden.

- eine umfassende regionale Schulentwicklung auf den Weg bringen, die diesen Namen verdient. Die noch von Grün-Rot eingeführte regionale Schulentwicklung war ein Programm zur Schließung kleiner Haupt-/Werkrealschulen. Dem setzen wir das Konzept einer Bildungsregion entgegen, in der die Verantwortlichen vor Ort ihr Schulangebot eigenständig ausgestalten können. Sie können insbesondere Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen fortführen oder Verbundschulen mit unterschiedlichen Schularten unter einem organisatorischen Dach bilden. Schulverbünde aus einer Gemeinschaftsschule und einer anderen Schulart wie beispielsweise einer Realschule müssen dabei

**Für ein  
vielfältiges,  
differenziertes,  
durchlässiges  
Schulsystem.**

ebenfalls frei gebildet werden. Die Vorgabe, dass ein Schulverbund mit einer Gemeinschaftsschule spätestens nach fünf Jahren in eine solche zu überführen ist, wollen wir streichen. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass alle Schularten in die Bildungsstudien einbezogen werden, sodass ein Vergleich unter ihnen möglich ist.

- unser vielfältiges, differenziertes und durchlässiges Schulsystem erhalten. Den Haupt-/Werkrealschulen wollen wir mit einem berufspraktischen Profil eine Perspektive geben. Bei den Mittelzuweisungen durch das Land sind die erschwerten Bedingungen vieler sehr kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum zu berücksichtigen. Die Realschulen müssen in eigener pädagogischer Verantwortung entscheiden können, ob sie Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus anbieten. Ein Verbot des Sitzenbleibens darf es nicht geben. Dies gilt in gleicher Weise für Gemeinschaftsschulen. Das Niveau des baden-württembergischen Abiturs gilt es, hoch zu halten und zu stärken. Wir unterstützen die geplante (Wieder-) Einführung von Leistungsfächern in der Oberstufe des Gymnasiums zur individuellen Schwerpunktsetzung. Dass Mathematik und Deutsch in jedem Fall Prüfungsfächer sein müssen, unterstützen wir ausdrücklich. Die Wahl zweier Gesellschaftswissenschaften als Leistungsfächer muss ebenso möglich sein, wie die Wahl zweier Fremdsprachen oder Naturwissenschaften. Schulen in freier Trägerschaft wollen wir so bezuschussen, dass sie wirtschaftlich arbeiten und das Schulgeld in einer sozial verträglichen Höhe halten und angemessen zum Angebot gestalten können. Ganztagsangebote von freien Schulen sollen zukünftig in gebundener und freier Form in die Bezuschussung eingerechnet werden.

- die berufliche Bildung in ihrer differenzierten Ausgestaltung als gleichwertige Alternative zur Ausbildung an einer allgemeinbildenden Schule mit anschließender akademischer Ausbildung stärken. Die Vorteile einer dualen Ausbildung wollen wir an den allgemeinbildenden Schulen im Rahmen des Fachs „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ deutlicher machen und durch praktische Anschauung und Erfahrung vermitteln. Wir wollen möglichst wohnortnahe duale

Ausbildungsangebote gerade auch in der Fläche Baden-Württembergs erhalten. Im Bereich der Berufsschulen frei werdende Mittel wollen wir dort belassen. Daraus können zusätzliche Angebote von der Fachhilfenausbildung über die Gesellenausbildung bis zur Meisterausbildung geschaffen werden. Auch treten wir für den Fortbestand der Differenzierung in Fachhilfenausbildung, Gesellenausbildung und Meisterausbildung ein. An den Beruflichen Gymnasien muss für jeden Bewerber bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Platz – wenn möglich in der gewünschten Fachrichtung – zur Verfügung stehen. Auf die kostspieligen Gemeinschaftsschul-Oberstufen, die den Beruflichen Gymnasien sinnlos Konkurrenz machen, wollen wir verzichten. Die nach dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) einem Studienabschluss gleichwertigen Abschlüsse (Meister, Techniker bzw. Fachwirt) sind bei den Aufstiegsqualifikationen durch eine Befreiung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren oder durch eine nachlaufende Regelung zu unterstützen, bei der die Gebühren erst ab einer festgelegten Einkommenshöhe zur Rückzahlung fällig sind. Das Meister-Bafög soll erhalten bleiben, um die Kosten des Lebensunterhalts während der Aufstiegsausbildung und für das Meisterstück abzudecken.

### **3. Ohne Moos nix los – bessere Finanzierung der Bildungseinrichtungen**

Unsere Bildungseinrichtungen stehen im internationalen Wettbewerb um beste Lernbedingungen. Und dennoch erleben Baden-Württembergs Schülerinnen und Schüler allzu oft Unterrichtsausfall, marode Schulgebäude und veraltete Technik. Die Ausstattung unserer Schulen darf keine Frage der kommunalen Kassenlage sein. Zur besseren finanziellen und personellen Ausstattung wollen wir Freie Demokraten:

- auf der Grundlage einer fundierten Erhebung des Bedarfs an Lehrerstellen jeder Schule ein auskömmliches Budget an Lehrerstellen und Geldmitteln zur eigenständigen Bewirtschaftung zuweisen. Hierbei sind Mittel für Krankheits-, Schwangerschafts- und Elternzeitvertretungen

**Berufliche  
Bildung  
stärken!**

mit einzurechnen. Durch die Erfassung und Veröffentlichung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls nach dem Vorbild Hessens wollen wir die Unterrichtsversorgung transparenter handhaben und die Geld- und Personalmittel zielgerichteter zuteilen.

- so viele unbefristete Stellen wie möglich sowie Beförderungstellen schaffen –im Interesse sehr guter Arbeitsbedingungen für die Lehrer und zur Gewinnung der besten und fähigsten Köpfe für den Schuldienst. Der Beförderungsstau bei den Fachlehrern und Technischen Lehrkräften muss zügig abgebaut werden. Die leistungsfeindliche Zwangsarbeitslosigkeit zwischen Referendariat und Beginn des Lehrerberufs wollen wir abschaffen.

- wie von der FDP im Programm zur Bundestagswahl 2017 gefordert, in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Für diesen finanziellen Kraftakt brauchen wir einen tragfähigen Digitalpakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Investitionen sollten unbürokratisch abrufbar und auf die individuellen Belange der Schulen abgestimmt sein. Die digitale Ausstattung der Schulen soll professionell gewartet werden. Die Kommunen wollen wir zur Schaffung „Digitaler Hausmeister“ oder zu einer Einbindung der Schulen in die kommunale IT ermutigen.

- sicherstellen, dass gepflegte Schulgebäude selbstverständlicher Standard sind. Für diese Aufgabe wollen wir die Kommunen und die freien Schulträger finanziell gut ausstatten und ihre Bevormundung bei der Schulbauförderung abschaffen. Es kann nicht sein, dass nur der Neu- und Umbau „aus zwingenden pädagogischen Gründen“ bezuschusst wird, nicht aber eine Sanierung. Eine Schulbau-Pauschale je Schüler unter Berücksichtigung eines Stadt-Land-Faktors ermöglicht dagegen eine eigenständige Entscheidung, ob ein Schulgebäude neu gebaut, umgebaut oder saniert werden soll.

- im Bereich der frühkindlichen Bildung Betreuungsgutscheine einführen, die unabhängig von der Betreuungsform eingelöst werden

können. Das garantiert Wahlfreiheit und leistet einen wirksamen Beitrag zur Qualitätssicherung im frühkindlichen Bereich. Für uns Freie Demokraten sind Betreuungsangebote von Kindertagesstätten und Kindergärten einerseits und von Tageseltern andererseits gleichwertig. Da 99 Prozent der Fünfjährigen eine Kindertageseinrichtung besuchen, halten wir eine generelle Beitragsfreiheit an dieser Stelle nicht für einen zielgerichteten Mitteleinsatz. Wichtig erscheinen uns dagegen soziale Regelungen hinsichtlich des Beitrags. Wir lehnen einkommensabhängige Gebühren ab. Eine flächendeckende Möglichkeit der Beitragsbefreiung, wenn Eltern nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, muss geschaffen werden.

- den Bund in die Bildungsfinanzierung einbeziehen. Eine entscheidende Qualitätsverbesserung unseres Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Unabhängig davon, ob hierzu das Kooperationsverbot gelockert wird oder die Länder vom Bund eine bessere Finanzausstattung zur Erfüllung ihrer wachsenden Bildungsaufgaben erhalten, wollen wir die Bildung in der Zuständigkeit der Länder belassen. Notwendig sind bundesweit einheitliche Standards, insbesondere bei den Schulabschlüssen oder bei der Lehrerbildung.

#### **4. Da geht noch was – bessere Qualität des Unterrichts**

Die zunehmende Heterogenität von Schulklassen und steigende Anforderungen in Zeiten rasanter Veränderungen stellen Bildungseinrichtungen vor große pädagogische Herausforderungen. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung enorme Möglichkeiten zur Vermittlung von Lehrinhalten und Kompetenzen in allen Fächern. Weltbeste Bildung erfordert daher enorme Anstrengungen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Wir Freie Demokraten wollen:

- dass zusätzliche Ressourcen finanzieller, personeller und sächlicher Art sowohl zur Defizitbehebung und Förderung der schwächeren Schüler verwendet werden, als auch hochbegabte junge Menschen durch

Abkürzungen, Zusatzangebote und spezielle Schwerpunktklassen in ihrer Begabung gefördert und für ihre Nutzung motiviert werden.

- Kommunen, Land und Bund zu gemeinsamen Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung bewegen. Den Orientierungsplan für eine frühe Pädagogik im Kindergarten wollen wir verbindlich erklären, die Ausstattung der deutschen Sprachförderung auf das Niveau der „Schwerpunkt-Kitas“ aus dem entsprechenden Bundesprogramm bringen und die laufende Geldleistung für die Tageseltern von bisher 5,50 Euro pro Tag und Kind in einem ersten Schritt um einen Euro anheben.

- den Grundschulen Mittel geben, um in eigener Verantwortung verstärkte Förderung insbesondere in Mathematik und Deutsch anbieten zu können. Wir begrüßen, dass die Grundschulempfehlung bei der Anmeldung bei der weiterführenden Schule vorzulegen ist. Ergänzt um ein Aufnahmerecht der weiterführenden Schulen wollen wir die Grundschulempfehlung wieder verbindlich machen, wenn sich die Sitzenbleiberquoten an Realschulen und Gymnasien nach einer festgelegten Zeit nicht gesenkt haben.

- eine auskömmliche Lehrerversorgung der Vorbereitungsklassen für Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen sicherstellen. Dies gilt in gleicher Weise für die Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft. Das Erlernen der deutschen Sprache muss im Zentrum des integrationspolitischen Handelns stehen. Gleichzeitig gilt es, an einer späteren beruflichen Integration zu arbeiten. Der berufspraktische Unterricht an den beruflichen Schulen darf nicht Einsparauflagen der Landesregierung zum Opfer fallen. Vielmehr wollen wir jedem jungen Menschen bis zum Alter von 25 Jahren das Recht zum Besuch einer beruflichen Schule geben.

- die baden-württembergische Lehrerausbildung auf einem hohen fachwissenschaftlichen und pädagogisch-didaktischen Niveau halten und stärken. Inwieweit die Umstellung der Lehramtsstudiengänge

# Die Zukunft lehren.

Der Umgang mit digitalen  
Lehrmitteln und  
-methoden soll zentraler  
Bestandteil der  
Lehrerbildung werden.

auf Bachelor und Master zu Qualitätsverlusten geführt hat, wollen wir überprüfen und bei Bedarf gegensteuern. Wir scheuen uns nicht, wieder ein zweijähriges Referendariat einzuführen, wenn das von den Verantwortlichen an Seminaren und Schulen gewünscht wird. Der Umgang mit digitalen Lehrmitteln und -methoden soll ein zentraler Bestandteil der Lehrerausbildung werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass erfolgreicher Unterricht vom Gelingen der Beziehung von Lehrern und Schülern lebt.

- neue Wege der Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte gehen. Die Öffnung des Schuldienstes für Quereinsteiger einschließlich Nachqualifizierungsmöglichkeiten und die Gewährung von Zulagen können in Mangelfächern helfen, Personal zu gewinnen. So könnten in Verbindung mit einem Fortbildungsbudget für jede Schule Anreize zu regelmäßiger und bedarfsgerechter Lehrerfortbildung gesetzt werden. Dies gilt auch für eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung, beispielsweise für den Unterricht in einem Mangelfach oder Deutsch als Zweitsprache. Auch die freien Träger sollten die Möglichkeit erhalten, in zertifizierten eigenen Einrichtungen eine Nachqualifizierung vorzunehmen. Zur Unterstützung der Lehrkräfte bei der individuellen Förderung sollten auch Pädagogische Assistenten an allen Schularten eingesetzt werden können.

- Ethik und islamischen Religionsunterricht neben dem bereits bestehenden Religionsunterricht ab Klasse 1 anbieten. Mit dem Ethikunterricht sollte von Anbeginn ein alternatives Angebot des Wertediskurses für Schüler bereitstehen, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen wollen. Eine Unterweisung junger Muslime auf der Basis eines mit unserem Grundgesetz in Einklang stehenden Islam durch Lehrkräfte, die an staatlichen oder an staatlich anerkannten Hochschulen und Lehrseminaren in Deutschland ausgebildet wurden, ist das beste Mittel, islamistischen Hasspredigern den Boden zu entziehen.

- die Präventionsarbeit an den Schulen stärken und ermöglichen, dass ein vor Ort passendes Beratungs- und Unterstützungsangebot aus Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Beratungslehrern unterhalten wird. Ein Evaluationsmodell und Instrument der Qualitätssicherung für diese Ansätze soll von Fachleuten entwickelt und implementiert werden.

- eine digitale Lernplattform auf den Weg bringen, auf der digitale Lehr- und Lernmittel genutzt und Lernprozesse organisiert werden können. Von einer solchen „Bildungscloud“ erhoffen wir uns außerdem eine Lösung für urheberrechtliche Probleme, insbesondere wenn ein Vergütungssystem für Autoren und Verlage hinzukommt. Schließlich könnte eine Bildungscloud durch geschützte Räume zu wesentlichen Verbesserungen bei der Datensicherheit beitragen.

- digitale Kompetenzen vermitteln und digitale Lehrmethoden flächendeckend in den Unterricht bringen. Der selbstverständliche und kritische Umgang mit digitalen Medien muss fächerübergreifend vermittelt werden. Kommunikation per Video, digital erweiterte Realitäten und Interaktion in sozialen Netzwerken werden die Lebens- und Arbeitswelt von morgen prägen. Dies soll sich auch im Unterricht widerspiegeln. Informatikunterricht soll an allen weiterführenden Schularten eingeführt werden. Dafür müssen die Lehrkräfte entsprechend ausgebildet werden. Die Schulen müssen mit der notwendigen Soft- und Hardware ausgestattet werden.

- staatlich anerkannten, muttersprachlichen Unterricht der Schulaufsicht unterstellen. In einem ersten Schritt sollte der außerhalb der Schule organisierte Unterricht an unsere Schulen angebunden werden. Neben Deutsch als weiterer Unterrichtssprache müssen entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte geschaffen und gemeinsam mit den Beteiligten Bildungspläne erarbeitet werden, die unseren verfassungs- und schulrechtlichen Normen entsprechen und deren Einhaltung die Schulaufsicht überprüft.

In Zeiten der Globalisierung und eines rasanten technologischen Fortschritts stehen junge Menschen vor großen Herausforderungen. In einer immer komplexer werdenden Welt werden sie vielfach in Berufen arbeiten, die es heute noch gar nicht gibt. Umso wichtiger ist es, dass sie heute in erstklassigen Schulen und Ausbildungsstätten das Rüstzeug für die Welt von morgen erhalten. Beste Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, sozialen Aufstieg und eine freie Gesellschaft mit einer starken Wirtschaft.

**Werden Sie jetzt  
Mitglied bei den  
Freien Demokraten!**

[www.fdp-bw.de/mitgliedsantrag](http://www.fdp-bw.de/mitgliedsantrag)

**Unterstützen Sie  
die Freien Demokraten**

**IBAN DE09 6005 0101 7871 5208 91**

**BIC Soladest600**

**Baden-Württembergische Bank Stuttgart**

**Spendenhinweise: [www.fdp-bw.de/spenden](http://www.fdp-bw.de/spenden)**

# Freie Demokraten

Landesverband  
Baden-Württemberg **FDP**

Freie Demokratische Partei  
Landesverband Baden-Württemberg  
Rosensteinstrasse 22  
70191 Stuttgart  
Tel. (0711) 666 18 - 0  
fdp-bw@fdp.de  
<http://www.fdp-bw.de>